

Nummer 88 — 22. Jahrgang  
Preis: 1,20 M. (einschl. Post) für 6 Monate  
5000 M. Einzelpreis: Die eingepostete Zeitungs-  
250 M., für Familien- und Vereinsabgaben, Stellen- und  
Wiederholungen 250 M. Die Zeitungszeitung, 60 mm  
breit, 1000 M., Offertengelände für Selbstabholer 50 M.,  
bei Lieferung durch die Post außerdem Portozuschlag.  
Preis für die Einzelnummer 200 Mark  
Gesellschafter: Josef Rothmann, Dresden

Dienstag, den 5. Juni 1923

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung und  
Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen auf  
Leistung von Schadenersatz. Für unbenutzte und durch Fern-  
sprecher übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Ver-  
antwortung. Unverlangt eingesandte und mit Rückporto  
nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt.  
Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags.  
Postfachnummer: 200  
Verleger: Dr. Josef Albert, Dresden

# Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Dresden-Mittstadt 16, Holbeinstr. 46  
Telefon 32722 / Postfach Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Druck und Verlag:  
Saxonia-Verlagsdruckerei G. m. b. H.  
Dresden-Mittstadt 16, Holbeinstr. 46

## Bekräftigte Kräfte

Während die wichtigsten außenpolitischen Entscheidungen für Deutschland bevorstehen, geschehen allenthalben Dinge im eigenen Lande. Die Kommunistenbewegung im Ruhrgebiet ist nun glücklich wieder zum Stillstand gekommen. Sie hat viel Blut, viel Menschenopfer und Hab und Gut gekostet, hat im Ruhrgebiet selbst viele Kräfte verwirrt und im übrigen Deutschland manchen Zweifel aufkommen lassen, ob die Westfalen und Rheinländer letzten Endes doch noch dem Widerstand gegen fremde Gewalt unterliegen würden. Diese letzte Vermutung ist allerdings in diesem Sinne falsch gewesen, denn neuerdings ist selbst von den Kommunisten erklärt worden, daß die Ruhr nicht mit der Wafte des passiven Widerstandes zu tun hätte. Und schließlich Gewerkschaften haben erneut ihren einmütigen Willen zum unbedingten Durchhalten kundgegeben. Aber nichts desto weniger ist damit das Verberbleiche jener Demonstrationen nicht aus der Welt geschafft. Frankreich lockt, während die uns jungen männliche Elemente Straß und Ruinen proklamieren. Frankreich hat die Elemente noch und freut sich, auf diesen Umwegen vielleicht doch noch zum Ziel zu kommen.

Es ist also nicht schwer, die wahren Ursachen dieser Vorgänge aufzudecken. Wir können aber trotzdem zugeben, daß die wirtschaftlichen Missetaten, wie sie augenblicklich bei uns zum Ausdruck kommen, nicht unwesentlich mit dazu beigetragen haben. Das gibt freilich keinen, und erst recht nicht solchen unglücklichen Elementen ein Recht, verachtliche aufrührerische Szenen zu veranstalten. Wir können aber damit auf das untröstlichste Thema der Gegenwart, auf den gewaltigen Marktwort, ein Verbrechen entsetzt aus dem anderen. Das eine ist der Terror, das andere aber das unwürdige Schmeichelei der Marktwort.

Wir wissen, daß in erster Linie das unge löste Reparationsproblem die Hauptursache für all diese furchtbaren Zustände ist. Wir wissen aber genau so gut, daß im Inneren des Landes ebenso viele Kräfte am Werke sind, um das wirtschaftliche Aufleben Deutschlands zu hemmen wenn nicht gar zu vernichten. Es ist heute klar geworden, daß die bisherigen Mittel der Weideregierung nicht ausgereicht haben, um das Schmelzen der ausländischen Devisen zu verhindern. Es wurde, als die Gelder der Reichsbank für zu kostbar befunden wurden, um sie noch weiterhin zur Stärkung der Mark zu verwenden, die neue Devisenordnung verordnet. Was hat sie für einen Erfolg gehabt? Ist die Devisenbestandsaufnahme erfolgt, um alle vorerzogenen Bestände aus Tageslicht zu fördern? Es ist selbstverständlich in diesem Chaos des Wirtschaftslebens überaus schwer, an der einzig richtigen Stelle zuzugreifen, da das Bild so verworren ist, um das Rechte am rechten Ort zu erkennen. Aber es steht doch außer allem Zweifel, daß die gegenwärtige Lage nicht notwendig a Klein außenpolitisch zu erklären ist. Die Wirtschaftslage hat maßlos überhand genommen. Diese zerschenden Kräfte machen sich immer verheerender bemerkbar und alle Gemeinwesen scheinen dieser moralischen, wirtschaftlichen Krankheit gegenüber zur Ergebenheitslosigkeit verurteilt.

Es ist eine gewisse Politik des Adorns eingetreten. Man ist in der letzten Zeit ein Gefühl der Bellemmung nicht losgeworden, ob auch noch ein starker Wille, eine starke Persönlichkeit, ein unangenehmer Mann inmitten des deutschen Volkes stünde. Ein großer Teil der deutschen Presse nimmt bereits manisch zum jetzigen Reichskanzler Cuno Stellung und erklärt unerbötlich, daß seine Politik nicht die gebührende Talfrucht mehr bringe.

Es ist gerade für die heutige Zeit nicht klein, Missetaten gegen unsere höchsten Staatsmänner zu sieren. Es ist unklar gegenüber unserem eigenen Volk und gegenüber dem Ausland. Wir haben Cuno anstandslos als er im Anfang seiner Regierung mit mannschaften Worten sein Programm ankündigte. Wir haben aus Erfolge unter seiner Leitung zu verzeichnen gehabt. Noch auch heute ist nicht anzunehmen, daß der ganze wirtschaftliche Mißerfolg lediglich auf die Inflation des Kanzlers zurückzuführen sei. Leider sind so viele Kräfte in den Parteien, in den Industrie- und Arbeitnehvertreibern am Werke, daß ein „starker“ Mann in vielen Dingen gar nicht stark sein kann, weil „im das Recht“ dazu fehlt. Trotzdem aber soll hier nicht verschleiert werden. Wir müssen hoffen, daß Cuno trotz aller Gegenströmungen in Zukunft, und zwar sehr bald, kräftiger Jügel führen wird. sonst ist das arme Staatsvolk verlorren.

Wir müssen auch verlangen, daß manche Dinge in der Öffentlichkeit und besonders dem Ausland gegenüber in viel klareren und schärferen Formen bezüglich der Missetaten im Ruhrgebiet geäußert werden. Nur an das das es möchten wie hier erinnern: An die Entschädigung des unglücklichen Schlägerer. Wir müssen uns wundern, daß diese Tat verhältnismäßig gleichgültig geblieben konnte. Eine solche Tat hätte zum Signal für eine neue Reinschätzung des Auslandes werden können.

Daß die guten Beziehungen des Kanzlers zu den Wirtschaftsführern zu dem neuen Industrieangebot geführt haben, ist kein Geheimnis. Ohne die wirkungsvolle Mitarbeit dieser Gruppe ist kein Aufstieg denkbar. Ob das Angebot durchaus befriedigend ist, bleibt dahingestellt. Jedenfalls ist der Schritt als solcher zu werten. Was aber sollte gleich darauf wieder ein? Eine Protestnote der Gewerkschaften. Wir haben hier ausdrücklich hervorzuheben, daß die christlichen Gewerkschaften nicht dabei verzeihen gewesen sind. Inhalt in diese Verhandlungen mit der Industrie über eine eventuelle Erweiterung des Angebots einzutreten, wird die Angelegenheit erst in die breite Öffentlichkeit hinausgetragen, um möglichst viel „Sympathien“ dafür zu gewinnen. Die Note ist kritisch, ohne positiv aufzubauen. Dieser öffentliche Weg ist völlig zwecklos gewesen, hat aber neuen Unfrieden in das deutsche Volk gestreut. Keinerdings finden nun trotzdem noch Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Industrie statt.

Es scheint, daß alles erst mit einer möglichst großen Einleitung in Deutschland in Szene gesetzt werden muß. Reizehenbung und Volksehrungsbildung ist das Resultat. Alle Kräfte sollten zusammenarbeiten, anstatt sojektiv durch Mißtrauensvoten Mißtrauen zu säen und die gegenseitige Arbeit zu erschweren. Vor allem ist es höchste Pflicht des deutschen Volkes, bei dem neuen deutschen Angebot eine einseitige Richtung aufzuweisen, keine Wandelbarkeit zu zeigen und durch keine Zugeständnisse, die im Wegern die Hoffnung auf noch größere Leistungen Deutschlands erworben könnten, zu nähern.

## Die entschlossene Haltung Englands

Der Beginn der Brüsseler Konferenz am Mittwoch — Belgien verlangt die Entschloßene der Entente bei Ablehnung der deutschen Note — Ein Verwaltungsrat für die Ausbeutung des Ruhrgebietes. — Dollarkurs: 76 500

### Das Ruhrunternehmen eine blinde Tyrannei

London, 4. Juni.

Times und Observer haben in ihren Artikeln die Notwendigkeit der unverzüglichen Regelung der Ruhr- und der Reparationsfrage durch die britische Regierung hervor. Sunday Times erklären, die Hauptfrage, der sich Baldwin's Regierung gegenübergestellt sehe, sei die deutsche Frage. Bevor diese geregelt sei, könne keine politische oder wirtschaftliche Stabilität erreicht werden. Wenn eine europäische Katastrophe abgewendet werden solle, so müsse eine rationale Regelung in Deutschland erzielt werden. — Observer schreibt, vor Baldwin's Rücktritt sei eine der größten Gelegenheiten. Jedes Wort würde, daß die nächsten Wochen einen neuen Versuch einleiten müßten, um aus dem Chaos herauszukommen. Die deutsche Regierung wisse, daß sie eine ernste Anstrengung unternehmen müsse, um zu einer Regelung zu gelangen. Die Franzosen beginnen einzusehen, daß die deutsche wirtschaftliche Probleme nicht lösen könnten. Die britische Regierung wünsche endgültig eine Regelung und Italien nicht weniger. Das Ruhrunternehmen habe von Anfang bis zu Ende belandend als blinder Tyrannentat. Verbrechen mit dem, was man vor sechs Monaten erwartete, sei das Ergebnis ein wirtschaftliches Nischa und eine politische Katastrophe. Die deutsche Zahlungsfähigkeit sei weiter vermindert worden. Voltaire habe sich, Volkswirtschaft, Not und Verhängnis gesät. Frankreich werde nie so viel erhalten, wie es erhalten hätte, wenn die Ruhrfrage nicht auf die persönliche Initiative Baldwin's hin eine entschlossene Haltung ein. Während der letzten Woche habe Baldwin, bei der Reparationsfrage und die Frage der Beziehungen zwischen Frankreich in den Vordergrund seiner Politik gestellt habe, die französische öffentliche Meinung aller Schattierungen erfordert als Einleitung zu der Politik des britischen Reiches.

### Die Richtlinien für die Brüsseler Konferenz

Paris, 4. Juni.

Die Brüsseler Besprechungen zwischen Poincaré und den belgischen Ministern Tcheuris und Jaspar werden am kommenden Mittwoch, nachmittags 2 Uhr beginnen. Poincaré wird von dem Finanzminister Defascheux und dem Arbeitsminister Letro quer begleitet sein. Außerdem werden sich General Dequoin und der Vorsitzende der Interalliierten Rheinlandkommission, Tizard, in Brüssel einfinden. Man nimmt an, daß die französischen Minister am nächsten Tage wieder nach Paris reisen werden.

Paris, 4. Juni. Der Brüsseler Korrespondent des „Echo de Paris“ berichtet zu den bevorstehenden französisch-belgischen Besprechungen, daß Brüsseler Kabinett heute auf dem Standpunkte, daß es diesmal nicht mehr annehmbar sein werde, die neuen deutschen Vorschläge mit einem Plädoyer zu beantworten. Wenn die Vorschläge dieses Mal als unannehmbar befunden würden, so würde man sie nach Ansicht der belgischen Regierung durch Gegenvorschläge bekämpfen müssen, die so klar und so praktisch wie möglich sein müßten.

Hierzu bemerkt das „Echo de Paris“ auf Grund anderweitiger Informationen: Bei den Brüsseler Besprechungen würden die in Paris überreichten technischen Memoranden an erster Stelle stehen. Im übrigen würde u. a. über die endgültige Organisation des Ruhrgebietes, die Ausgabe einer neuen Währung, über Maßnahmen zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung der besetzten Gebiete, über die Entwicklung der franz.-belg. Eisenbahnregie, über Wohnungsfragen, Verteilung der beschlagnahmten Vorräte verhandelt werden. Alles, was mit dem diplomatischen Verfahren in Zusammenhang steht, nemme indes im Augenblick ganz besondere Bedeutung. Was jetzt in Paris und das Brüsseler Kabinett sich über die Ausrichtung von zwei allgemeinen Grundfragen verständigt:

1. Verhandlungen mit Deutschland würden solange unangebracht sein, als der Widerstand gegen die Politik vom 11. Januar nicht eingestrichelt ist. 2. Das Ruhrgebiet werde nur in unmittelbarem Verhältnis zu den geleisteten Zahlungen geräumt werden.

### Die neue deutsche Note

Berlin, 4. Juni. Der „Welt am Montag“ wird von unrichtiger Seite mitgeteilt, daß der Reichskanzler jetzt von England eine persönliche Information erhalten haben soll, die es ihm ermöglicht, eine Note zu formulieren, bei der er von vornherein der Zustimmung Verbündeter sicher sein zu können glaubt. Sie soll keine präzisier Angaben über die Höhe der deutschen Zahlungen enthalten, d. h. weder die Gesamtsumme nennen, noch die Annuitäten, zu deren Leistung man grundsätzlich bereit ist, fixieren, sondern alle Einzelheiten, die die Höhe der Verpflichtungen und den Zahlungsmodus anbelangt, den Entscheidungen der interalliierten Sachverständigen überlassen. — Infolge dessen soll die Harmonie in der Arbeitsgemeinschaft gestört sein, da einige der in Betracht kommenden Gruppen den Wert der englischen Information hoch genug einschätzen, um auf weitere Versuche zur Beeinflussung des Kabinetts in der Richtung nach der Formulierung eines bestimmten Zahlungsangebotes zu verzichten. (Der geben diese Meldung, da sie sehr unwahrscheinlich klingt, mit allem Vorbehalte wieder. D. Red.)

### Wie Schlägerer erschossen wurde

Wieder 72 Familien ausgewiesen. — Der Kölner Staat besetzt.

Berlin, 4. Juni. Über die Ermordung Schlägerers liegt bislang von deutscher Seite noch kein ausführlicher Bericht vor. In der Öffentlichkeit werden aber folgende Einzelheiten über die Exekution bekannt, die, wenn sie sich bewahrheiten, die ganze Freiheit und Gemeinheit der 37-jährigen Antarktiker, und die es nicht minder erschauern lassen, daß sich der Reichsdeutscher Schlägerer, der der Exekution bewohnt, dazu äußert:

Dem Transport Schlägerers auf dem Wegzug zur Einrichtungsstätte mußten alle übrigen politischen Gefangenen, darunter Krupp v. Polken-Pallos, abweilen. Im Verbergehen rief Schlägerer ihnen zu: „Lebt wohl, Kameraden, ich werde als deutscher Offizier!“ Im Steinbruch hinter dem Düsseldorf-Kirchhofe angekommen, wurde Schlägerer, trotz seines heilig geschützten Rufes, des Tod sitzend zu erwarten, sitzend an einen Stahl gerichtet und ihm die Kugel verenden, worauf ihm das französische Exekutionskommando durch den Rücken schuß. Der kommandierende Offizier ließ ihn zu gutem Leut noch in die Schäfte.

Duisburg, 4. Juni. 72 Eisenbahnerfamilien mußten sich hier zwecks Ausweisung stellen. Die Schließung an den Bahnhöfen mußten abgebrochen werden. Unter den Ausgewiesenen befindet sich ein Familienvater mit elf Kindern.

Berlin, 4. Juni. Die der „Montag-Horen“ aus Köln meldet, haben die Kommissionen der Staats- und Gemeindefreiarbeiter (freie und gewählte) am Sonntag in einer Versammlung mit 187 gegen 10 Stimmen die Wiedereröffnung der Arbeit beschlossen. Die Bewegung, die von den kommunistischen Betriebsräten ausging, ist damit in ein neues Stadium getreten.

### Reform der Verbrauchssteuererlebe

Berlin, 4. Juni.

Im Reichsfinanzministerium sind in den letzten Tagen eine Anzahl von Vorschlägen fertiggestellt worden, die eine Erhöhung und Erhöhung einer Reihe von Verbrauchssteuern betreffen. Alle Vorschläge nach werden diese Entwürfe dem Reichstag noch in der laufenden Session beschließen, da die Reichsregierung den dringenden Wunsch hat, sie spätestens am 1. September in Kraft treten zu lassen. Die neuen Entwürfe sind vor allem deshalb notwendig geworden, weil bei der weiten Verbrauchssteuern infolge der fortwährenden Geldentwertung die Steuerbefreiung im Verhältnis zum Verlangt preis der betreffenden Waren immer geringer geworden ist und dadurch ein Mißverhältnis zwischen der Verwaltungskosten und den Einnahmen aus den betreffenden Steuern entstanden ist. Bei manchen Verbrauchssteuern gehen gegenüber der Verwaltungskosten weit über das Steuerertrögen hinaus. Der in diesen Tagen dem Reichstag zugehende Entwurf eines Zehnersteuergesetzes sieht einen Steuerfuß von 10 Mark für ein kilo Steingewicht des Salzes vor (gegenwärtig beträgt die Steuer immer noch, wie schon bei ihrer Einführung, 12 Pfg. für ein kilo). Der Entwurf sieht ferner die Vereinfachung sämtlicher Abgabebefreiungen vor. Abschließend soll noch die bisherige Art der Steuerkontrolle, die in einer steuererfülleren Abschätzung der Salzwerte und in einer strengeren Abschätzung sämtlicher Salzfabriken bestand, durch eine einfache Buchkontrolle ersetzt werden. Die künftige jährliche Salzsteuer-Einnahme wird auf mindestens 13 Milliarden Mark (bisher 10 Milliarden) geschätzt. Der Entwurf soll am 1. September in Kraft treten.

Der gleichfalls dem Reichstag zugehende Entwurf eines Mineralwassersteuergesetzes sieht eine Veränderung der Besteuerung der bestehenden Sätze vor. An dem bestehenden Entwurf der Kontrakt- und Mengenbesteuerung ist in dem Entwurf schafften. Um die Steuer den Schwankungen des Weltmarktes anpassen, ist vorgeschlagen, daß der Reichsfinanzminister ermächtigt werden soll, die Steuer zu erhöhen, wenn die Weltmarktpreise seit dem letzten Inkrafttreten der Steuer um 50 Prozent gestiegen sind, oder die Steuer zu erniedrigen, wenn die Weltmarktpreise auf den ursprünglichen Stand zurückgegangen sind. Die Steuerhöhen wird, wie beim Biersteuergesetz, an den Ausgängen der Erzeugnisse aus dem Betriebe zurückverlegt. Nach Verüberlegung der Steuer mit dem Betrag der Steuer, der im Jahre 1922 etwas über 37 Millionen betragen hat, künftige auf 35 Milliarden Mark veranschlagt. Der Entwurf soll am 1. August in Kraft treten.

In dem Entwurf eines Verbrauchsteuererlebes, der den Reichsfinanzrat in seiner nächsten Sitzung beschließen wird, ist die Reichsfinanzverwaltung dazu übergegangen, für die Besteuerung der Verbrauchsmittel (elektrische Maschinen, Brennstoffe und Mischstoffe) eine Wertsteuer einzuführen, und zwar hat sie als zweckmäßigste Form die Besteuerung nach dem Wert der Herstellung in Rechnung gestellten Preise vorgeschlagen. Die Steuer soll 20 Prozent des Steuerwertes betragen. Der Entwurf bringt im übrigen eine wesentliche Vereinfachung in den steuerlichen Überwachungsmaßnahmen. Das Jahresertrögen aus Verbrauchsteuer wird in der dem Entwurf beigefügten Begründung auf nahezu 45 Milliarden Mark veranschlagt, während es im Rechnungsjahre 1922 nur rund 70 Millionen Mark betragen hat. Der Entwurf soll am 1. September in Kraft treten.

Es werden weiterhin noch der Entwurf eines Zuckersteuergesetzes und der Entwurf eines Hundwarensteuererlebes zur Verabschiedung gelangen.

Vorzeller dieses erhält 5% Rabatt